

Fr, 29. November 2013

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der Badischen Zeitung.

Rettungsanker fürs SWR-Sinfonieorchester?

Der Koalitionsvertrag und die Kultur: Notizen und Anmerkungen.



Auch er scheint der Großen Koalition förderwürdig:
Die Vorbereitungen zum Beethoven-Jahr 2020 laufen an. Foto: dpa

Die gute Nachricht zuvörderst. Die Große Koalition, so sie denn letztgültig sich auch tatsächlich ans Werk machen darf, setzt auf verbale Streicheleinheiten im Umgang mit der Kultur im Lande: "Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in unsere Zukunft", heißt im Koalitionsvertrag unter Punkt 4.3 "Kultur, Medien und Sport". Das ist der Formulierung im Vorgängerkoalitionsvertrag von 2009 "Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft" nicht so unähnlich. Wichtig aber ist, wo es steht: nämlich deutlich exponierter und zentraler als noch vor vier Jahren.

Auch dass der Kulturhaushalt des Bundes von der schwarz-roten Koalition "auf hohem Niveau" weiterentwickelt werde, stimmt hoffnungsfroh. Wenn man allerdings liest, dass im

etwas über einer Milliarde Euro rangierenden Etat des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien 2011 allein knapp 26 Prozent für die vom Bund getragene Rundfunkanstalt "Deutsche Welle" eingeplant waren, wird man ahnen, was das konkret für das "hohe Niveau" des auch zukünftig im Kanzleramt angesiedelten Haushaltstitels bedeutet. Das Budget wird ohnedies erst mit dem Bundeshaushalt festgesetzt. Und ein eigenes Bundeskulturministerium soll es nach wie vor nicht geben, denn, so heißt es gleich im ersten Satz des Kapitels "Kultur, Medien und Sport": "Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die diese in ihrer jeweils eigenen Zuständigkeit wahrnehmen."

Wieder wird Kultur nicht

Staatsziel werden

Immerhin, aus der Betonung des Gemeinsamen lässt sich der Wunsch nach besseren Formen der Zusammenarbeit ableiten, was die Koalitionäre mit "kooperativem Kulturföderalismus" umschreiben. Zitat: "Dazu soll ein regelmäßiger Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen etabliert werden." Kaum zu glauben, dass ein solcher im Jahr 64 nach Gründung der Bundesrepublik noch immer eine Option sein soll.

Wünsche und Ziele zur Kultur formuliert das Papier viele, manche sehr konkret. Häufig geht es um Ausbau und Stärkung bestehender Strukturen wie zum Beispiel der Bundeskulturstiftung oder des Hauptstadtfinanzierungsvertrages. Im Bereich der freien, zeitgenössischen und darstellenden Kunst und Kultur ist eine verstärkte Förderung angedacht, "vor allem auch im Hinblick auf interkulturelle Belange". Ähnliches gilt für den Tanz.

Aufhorchen lässt, dass die Musikförderung durch die Gründung eines "Musikfonds auf Bundesebene für die Entwicklung der zeitgenössischen Musikkultur" gestärkt werden soll. Womöglich ein Hebel, mit der doch noch der Erhalt der Institution gelingen könnte, die für die zeitgenössische Musik in Nachkriegsdeutschland als Kollektiv das wohl entscheidendste Verdienst hat: des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg?

Der Koalitionsvertrag als dessen Rettungsanker? Erste Nachfragen sind wenig erhellend. "Kerngedanke des Anliegens ist," verlautet es aus dem Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten Gernot Erler (SPD), "dass in den Förderstrukturen des Bundes bislang klassische Musikformen das musikalische Erbe ungleich mehr berücksichtigt werden, als bspw. neue zeitgenössische Formate wie Jazz, aber auch Rock und Pop-Musik". Neue Musik, wie sie die Bundeskulturstiftung im "Netzwerk Neue Musik" einige Jahre förderte, ist gar nicht mit erwähnt... Zumindest aber so viel: Es gebe weder ein dezidiertes Konzept noch eine finanzielle Größenordnung für den Fonds. Überdies scheinen in erster Linie Projektförderungen angedacht, keine institutionellen.

Auch der neue Freiburger CDU-Abgeordnete Matern von Marschall räumt ein, dass der Bund nicht verantwortlich gemacht werden könne für eine "schlechte Politik der Länder". Oder eben auch des Senders SWR. Von Marschall unterstreicht aber gegenüber der BZ: "Jede mögliche Chance, unser Freiburger SWR-Orchester zu erhalten, sollten wir ergreifen, jede

denkbare Unterstützung ernsthaft prüfen."

Manchmal schadet es den Akteuren der Kulturszene nicht, wenn sie bereits verstorben sind – um eine besondere Zuwendung durch den Bund zu erfahren. Die Vorbereitungen zu Beethovens 250. Geburtstag im Jahr 2020 sehen die Koalitionäre schon jetzt als "nationale Aufgabe", auch das Bauhaus-Jubiläum 2019 findet besondere Erwähnung. Stichwort Gedenken und Erinnern: Wohl unter dem Eindruck der Gurlitt-Affäre sollen verstärkt Mittel für die Provenienzforschung zum Verbleib von während der NS-Zeit geraubten Kulturgütern eingesetzt werden. Aufarbeitung, Erinnerung, Erhaltung, Stabilisierung (zum Beispiel der Künstlersozialkasse), Förderung: In der schwarz-roten Kulturagenda tummeln sich die "un"-ungen". Letztes Beispiel: kulturelle Bildung. Die sei "unverzichtbar für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, ihre sozialen Kompetenzen und für die gesellschaftliche Teilhabe". Schön gesagt. Bildung und Kultur als siamesische Zwillinge – das entschädigt dann doch etwas dafür, dass es wieder nicht gelingen soll, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.

von: Alexander Dick